

IV. Die Frage nach dem Rechtsstatus Deutschlands	22
1. Die Kontroverse um Untergang oder Fortbestand des Deutschen Reiches	22
2. Zwei gleichberechtigte deutsche Staaten?	23
V. Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands	24
1. Die verfassungsrechtliche Ausgangslage	24
2. Die Vorbereitung des Beitrittes	25
3. Das Vertragswerk	25
4. Der Beitritt	26
5. Geltungserstreckung und Änderungen des Grundgesetzes	26
6. Verfassunggebung in den neuen Bundesländern	27
VI. Die Wiedergewinnung der staatlichen Souveränität	27

2. Abschnitt. Grundlagen des Staates

§ 3. Das Bundesgebiet	29
I. Gebietsbestand und Gebietsgrenzen	29
1. Die Staatsgrenzen	29
2. Grenzänderungen	30
II. Neugliederungen des Bundesgebietes	30
III. Rechtliche Wirkungen des Gebietes	31
§ 4. Staatsvolk, Staatsangehörigkeit und Unionsbürgerschaft	32
I. Grundlagen	33
1. Konstituierung des „Volkes“ durch das Staatsangehörigkeitsrecht	33
2. Die rechtliche Ausgestaltung des Staatsangehörigkeitsrechts	33
II. Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit	35
1. Die Erwerbsgründe	35
2. Der Verlust der Staatsangehörigkeit	36
3. Das Problem doppelter bzw. mehrfacher Staatsangehörigkeit	37
4. Die Vorgaben des Art. 16 Abs. 1 GG	38
III. Die Unionsbürgerschaft	39
§ 5. Das Grundgesetz als Verfassung	40
I. Der Begriff Verfassung	40
1. Das Grundgesetz als geschriebene Verfassung	40
2. Merkmale des Verfassungsbegriffs	41
3. Die Abgrenzung von Verfassungsrecht und Staatsrecht	43
4. Auf dem Weg zu einem internationalen Verfassungsrecht	43
II. Begriff und Geltung des Grundgesetzes	44
1. Zum Begriff Grundgesetz	44
2. Das Grundgesetz als Rahmen- oder Grundordnung?	44
III. Arten der Verfassungssätze	46
1. Die Unterscheidung zwischen Kompetenz- und Verfahrensnormen sowie zwischen Staatsstruktur- und Staatszielbestimmungen	47
2. Der Rang der Verfassungssätze	47
3. Die Wirkung von Verfassungsnormen	48
4. Die Unterscheidung von Regeln und Prinzipien	49

§ 6. Verfassunggebung, Verfassungsänderung und Identität des Grundgesetzes	50
I. Verfassunggebung	50
1. Die verfassunggebende Gewalt des Volkes	50
2. Zur Rolle der pouvoirs constitués	51
II. Die Inkraftsetzung des Grundgesetzes	51
1. Zum Legitimationsmangel des Grundgesetzes	51
2. Die Beitrittsklausel in Art. 23 S. 2 GG a.F.	52
III. Verfassungsänderung	53
1. Die Anforderungen von Art. 79 Abs. 1 und 2 GG	53
2. Die Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG	54
3. Überblick über wichtige Änderungen des Grundgesetzes	56
IV. Verfassungsgewohnheitsrecht	57
V. Zur Bedeutung von Art. 146 GG n.F.	58
§ 7. Verfassungsauslegung und stiller Verfassungswandel	59
I. Verfassungsauslegung und Lückenergänzung	59
1. Die herkömmlichen Methoden der Verfassungsauslegung	60
2. Das Grundgesetz als offene Verfassung	65
3. Zur Lückenergänzung	69
4. Die verfassungs- sowie völkerrechts- und europarechtskonforme Auslegung	69
II. Stiller Wandel des Verfassungsrechts	71
1. Felder und Gründe eines stillen Verfassungswandels	71
2. Zur Legitimation eines stillen Verfassungswandels durch Verfassungsrichterrecht und Gesetzgebung	72
III. Verfassung und Verfassungswirklichkeit	73
1. Die Verfassungswirklichkeit	73
2. Politischer Stil und Verfassungsrecht	73
3. Die Wechselbeziehungen zwischen Fortentwicklung des Verfassungsrechts und sich wandelnder gesellschaftlicher Wirklichkeit	74
§ 8. Selbstdarstellungen des Staates	75
I. Staatssymbole der Bundesrepublik	75
II. Sonstige Selbstdarstellungen des Staates	77
III. Die Symbole der Europäischen Union	78

3. Abschnitt. Die politischen Grundentscheidungen

§ 9. Das Selbstverständnis des Grundgesetzes nach seiner Präambel	79
§ 10. Die Bundesrepublik als demokratische, parlamentarische Republik	80
I. Republik	80
II. Demokratie	81
1. Responsivität und demokratische Öffentlichkeit	82
2. Das Volk als Bezugssubjekt demokratischer Legitimation	83
3. Organisatorische Ausgestaltungen der demokratischen Ordnung	86
III. Parlamentarismus	88
1. Die repräsentative Demokratie	88
2. Die parlamentarische Demokratie	90
3. Verlagerung der parlamentarischen Kontrolle der Regierung auf die Opposition	91

IV. Demokratie- und Parlamentarismuskritik	91
1. Zur Ergänzung der repräsentativen Demokratie des Grundgesetzes um plebiszitäre Elemente	92
2. Zur Entparlamentarisierung politischer Entscheidungen	92
§ 11. Die Bundesrepublik als Parteiendemokratie	93
I. Funktionen der Parteien in der parlamentarischen Demokratie	93
II. Die rechtliche Ordnung des Parteienwesens	94
1. Die Integration der politischen Parteien in das Verfassungssystem durch Art. 21 GG	95
2. Der Begriff der politischen Partei	95
3. Aufgabe der Mitwirkung an der politischen Willensbildung	96
4. Parteien als Institutionen des Verfassungslebens	96
5. Gründung und innere Ordnung	97
6. Die Chancengleichheit	99
7. Die Parteienfinanzierung	100
8. Die Rechenschaftspflicht	101
9. Verbot verfassungswidriger Parteien	102
III. Parteienkritik	104
§ 12. Die Bundesrepublik als Rechtsstaat	105
I. Entstehung und Entfaltung der Rechtsstaatsidee	105
1. Die historische Perspektive	105
2. Die Unterscheidung von formellem und materiellem Rechtsstaat	106
3. Das Spannungsverhältnis zwischen Rechtssicherheit und Gerechtigkeit	107
II. Rechtsstaat und Demokratie	107
1. Rechtsstaatliche Begrenzung des demokratischen Beliebens	107
2. Zur Reichweite verfassungsrechtlicher Bindung des Gesetzgebers	108
III. Rechtsstaatliche Prinzipien im einzelnen	108
1. Der Grundsatz der Gewaltenteilung	110
2. Der Vorrang der Verfassung	112
3. Die Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung	113
4. Die Bindung an Gesetz und Recht	115
5. Rechtssicherheit und Vertrauensschutz	119
6. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	123
7. Die Garantie des Rechtsschutzes	125
8. Der Justizgewährleistungsanspruch	130
9. Die Begründungspflicht für staatliche Entscheidungen	130
10. Das rechtliche Gehör	131
§ 13. Die Staatszielbestimmungen: Die Bundesrepublik insbesondere als Sozialstaat und Umweltstaat	131
I. Das grundgesetzliche Programm der Sozialstaatlichkeit	131
1. Der Sozialstaat als nationales und europäisches Rechtsprinzip	131
2. Sozialer Ausgleich und soziale Gerechtigkeit als Bezugspunkte des Sozialstaatsprinzips	132
3. Soziale Sicherheit als Bezugspunkt des Sozialstaatsprinzips	133
4. Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips	134
5. Das Sozialgesetzbuch als Kodifizierung des Sozialstaates	136
II. Die grundgesetzliche Verankerung des ökologischen Verfassungsstaates	136
1. Auf dem Weg zum ökologischen Verfassungsstaat	136
2. Umweltschützende Teilgewährleistungen durch Grundrechte	137
3. Der Gesetzgeber als Adressat des Staatszieles Umweltschutz	138
4. Zur Ökologiepflichtigkeit der Grundrechte	138
III. Weitere Staatsziele	139
1. Die Sicherung des Friedens	139
2. Der Tierschutz	139
3. Die Entwicklung der Europäischen Union	140
4. Aus Grundrechten	140

5. Die Berücksichtigung der Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nach Art. 109 Abs. 2 GG	140
§ 14. Die Bundesrepublik als Bundesstaat	141
I. Der Bundesstaat als Rechtsbegriff und als politische Form	141
1. Begriffliche Abgrenzungen	142
2. Das Verhältnis von Demokratie und Bundesstaat	143
3. Die Verteilung der politischen Gewichte	144
II. Zur Legitimation von Föderalismus und Bundesstaat	145
1. Demokratische Dezentralisation und Konsens	146
2. Vertikale und horizontale Gewaltenteilung	146
3. Minderheitenschutz	146
4. Politische und ökonomische Wirkungen eines Wettbewerbsföderalismus	147
III. Das Grundgesetz als eine Bundesstaatsverfassung	147
1. Die Sicherung der Bundesstaatlichkeit	148
2. Die Verteilungsregel der Art. 30 und 70 GG	148
3. Formen des Zusammenwirkens	148
4. Die Bundestreue	149
IV. Die Koordination von Bundesverfassung und Landesverfassungen	150
1. Das Homogenitätsprinzip des Art. 28 Abs. 1 S. 1 GG	151
2. Unmittelbar für die Länder geltende Vorschriften des Grundgesetzes	152
V. Bundesrecht und Landesrecht	152
1. Die Konkurrenzregel des Art. 31 GG	153
2. Zum Schicksal von mit Bundesrecht inhaltlich übereinstimmendem Landesrecht	153
3. Zur Bindung der Verwaltung an Bundes- und Landesrecht	154
VI. Die Kooperation zwischen den Ländern und mit dem Bund	154
1. Verträge zwischen den Ländern	155
2. Gemeinschaftseinrichtungen von Ländern	155
3. Bund-Länder-Gemeinschaftseinrichtungen	155
4. Verfassungsrechtliche Grenzen kooperativer Praktiken im Bundesstaat	156
VII. Entwicklungsperspektiven	156
1. Bundesstaatsverfassung und Föderativverfassung der Europäischen Union	156
2. Reform des Bundesstaates	157
§ 15. Die kommunalen Gebietskörperschaften in der „gegliederten Demokratie“	157
I. Verwirklichung demokratischer Dezentralisation durch Art. 28 Abs. 2 GG	157
1. Demokratische Dezentralisation durch kommunale Selbstverwaltung	158
2. Zur dezentralen demokratischen Legitimation	158
II. Der Umfang der Selbstverwaltungsgarantie	159
1. Institutionelle Garantie und einklagbares Recht	159
2. Selbstverwaltung „im Rahmen der Gesetze“	160
III. Zum Anspruch der Kommunen auf Finanzausstattung	162
IV. Veränderungen der Selbstverwaltungsgarantie durch das Recht der Europäischen Union	163

4. Abschnitt. Grundrechte, Grundpflichten

1. Kapitel. Allgemeine Grundrechtslehren

§ 16. Entwicklung und Rechtsquellen der Grundrechte	164
I. Zur Entwicklung des Gedankens unantastbarer Menschenrechte	164
1. In Nordamerika	164

